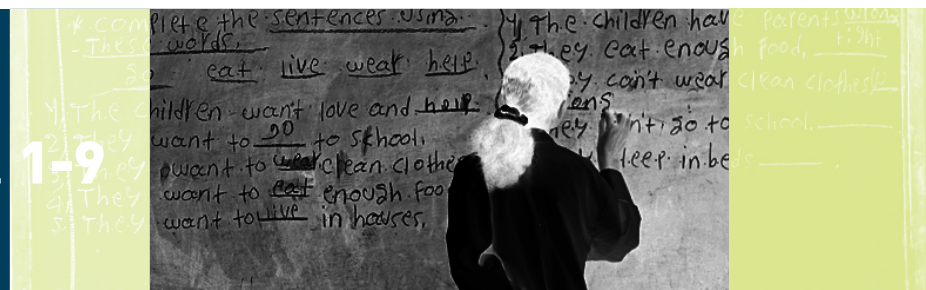


modul 1-9



ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

GLOSSAR

Accountability

Das Wörterbuch übersetzt Accountability mit Verantwortlichkeit. In der *EZA* taucht der Begriff immer dann auf, wenn jemand «accountable» – eben verantwortlich oder auch rechenschaftspflichtig – für ein Projekt, eine Massnahme oder ein Programm ist. Das kann eine Regierung oder ein Ministerium genauso sein wie die *Weltbank*, die *DEZA*, ein Manager, eine Managerin oder einzelne Projektverantwortliche. Accountability ist im Grunde genommen das Gegenteil von Willkür, beinhaltet sie doch die Offenlegung, das «dafür Geradestehen», die Rechenschaftsablage, die Übernahme der Verantwortung und die Verpflichtung, sich zu erklären. Daraus wiederum folgt für alle am Projekt Beteiligten die Transparenz, die Nachvollziehbarkeit und die Leistungserbringung einzelner Aktionen.

Anwaltschaft

In der *EZA* spricht man von Advocacy (Anwaltschaft), wenn sich eine Entwicklungsagentur, wie beispielsweise die *Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)*, *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)* oder Interessensgruppen anwaltschaftlich für eine Sache einsetzen. Im Vordergrund stehen dabei die Bedürfnisse und Anliegen von benachteiligten und marginalisierten Ländern, Bevölkerungen oder Bevölkerungsgruppen. Dies kann ebenso für Menschenrechte und humanitäre Grundsätze, für Flüchtlinge, für Fair Trade, gegen Kinderhandel wie auch für die Formulierung von Politiken sein. Advocacy unterscheidet sich von Lobbying dadurch, dass Advocacy nicht im Eigeninteresse, sondern im Interesse benachteiligter Dritter geschieht.

Armutsbekämpfung

Die Bekämpfung der Armut ist die Kernaufgabe der *Entwicklungspolitik* und *-zusammenarbeit*. Über eine Milliarde Menschen müssen heute mit weniger als einem Dollar pro Tag überleben. Armut ist nicht nur ein materielles Problem, sondern bedeutet auch

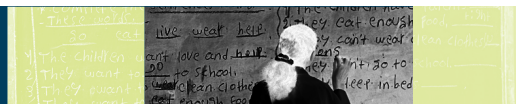
- Ausschluss von Bildung, von sozialen Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung,
 - in Unsicherheit zu leben,
 - seine Anliegen und Interessen nicht vertreten zu können (bspw. auf politischer Ebene).
- Wirtschaftliche, politische und kulturelle Rechte sind deshalb eine Grundvoraussetzung für die Überwindung von Armut.

Bilaterale Zusammenarbeit oder Hilfe

Die bilaterale *Entwicklungszusammenarbeit* ist die Kooperation zwischen zwei Ländern. Ein Land unterstützt ein anderes dabei, seine Armut- und Entwicklungsprobleme zu bewältigen. Mögliche Partner sind nationale, regionale oder lokale Behörden sowie Gruppierungen der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft.



- BIP** Das **Bruttoinlandprodukt** (BIP) umfasst alle Güter und Dienstleistungen, die von In- und Ausländer/-innen innerhalb der Landesgrenzen während eines Jahres produziert und erbracht werden. Es wird berechnet, indem vom *Bruttonationaleinkommen* die Kapitalerträge aus dem Ausland abgezogen und die Einkommen der Grenzgänger dazugezählt werden.
- BNE** Das **Bruttonationaleinkommen** (BNE, bis 1999 auch Bruttosozialprodukt, BSP) ist ein zentraler Begriff aus der *volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung*. Diese stellt die Leistung einer *Volkswirtschaft* innerhalb einer Rechnungsperiode (meist ein Kalenderjahr) unter Berücksichtigung von *Steuern, Subventionen, Abschreibungen, Abgaben*, u.a. dar. Im Unterschied zum *Bruttonationalprodukt (BIP)* sind Einkünfte, die durch Interaktionen des eigenen Landes mit anderen Ländern generiert werden, inbegriffen (z.B. Beiträge der internationalen Entwicklungshilfe oder Einkommen durch Gelder, welche Emigrant/-innen ihren Familien zukommen lassen). Das BNE zeigt für viele *Entwicklungsländer* ein genaueres wirtschaftliches Bild auf als das BIP, deshalb wird es im Bereich der *EZA* häufiger verwendet. Das Bruttonationaleinkommen wird hierbei als Einkommensindikator einer Volkswirtschaft angesehen, da es die wirtschaftliche Leistung an den Erwerbs- und Vermögenseinkommen misst.
- Budgethilfe** Bei der Budgethilfe unterstützt der Geber oder die Geberin nicht primär Einzelprojekte, sondern den öffentlichen Haushalt. Es gibt zwei Formen der Budgethilfe: Die generelle Budgethilfe unterstützt das Gesamtbudget eines Landes, während bei der sektoriellen Budgethilfe das Geld in ausgewählte Sektoren fließt, die für die Entwicklung besonders relevant sind (zum Beispiel in die Bildung oder Gesundheit). Die Budgethilfe hat gegenüber der Projekthilfe den Vorteil, dass sie die staatlichen Institutionen stärkt und die Umsetzungskosten der Hilfe verringert. Die Empfängerländer können angepasste und oft auch kostengünstigere Lösungen entwickeln.
- COP** Die Vertragsstaatenkonferenz (**Conference of the Parties, COP**) ist das höchste Gremium der *Klimarahmenkonvention* von 1992. Es tagt einmal jährlich mit dem Ziel, den Ist-Zustand zu definieren und gemeinsame Richtlinien für die Zukunft oder umzusetzende Massnahmen festzulegen.
- DEZA** Die **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit** (DEZA) ist eine *Bundesbehörde* der *Schweizerischen Eidgenossenschaft*, welche für die internationale Zusammenarbeit, die Koordination der *Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit* und die *Humanitäre Hilfe* der Schweiz zuständig ist.
- EDA** Das **Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten** (EDA), ist eines der sieben Departemente in der *Schweiz*. Der Aufgabenbereich entspricht demjenigen der Außenministerien anderer Länder.
- Empowerment (Hilfe zur Selbsthilfe)** In der *EZA* wird unter Empowerment ein emanzipatorischer Prozess verstanden, in dem benachteiligte Bevölkerungsgruppen befähigt werden, ihre Rechte wahrzunehmen, Zugang zu Ressourcen zu bekommen und sich aktiv am gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozess zu beteiligen. Ziel ist es, den Benachteiligten ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben sowie die Teilhabe am politischen Prozess zu ermöglichen.



Entwicklungsdekaden Von den Vereinten Nationen seit 1961 jeweils zu Beginn eines neuen Jahrzehnts proklamierte «Jahrzehnte für Entwicklung». Die jeweiligen Dekadenstrategien enthalten vielfältige, allgemeine Zielvorgaben für die *Entwicklungspolitik* (unter anderem globale und sektorale Wachstumsziele).

Entwicklungs-fördernde Globalisierung Die schweizerische *EZA* setzt sich für eine entwicklungsförderliche *Globalisierung* ein. Dazu gehören eine vertiefte Zusammenarbeit und die Stärkung der Verhandlungspositionen südlicher Länder beim Aushandeln von internationalen Regeln und Normen.

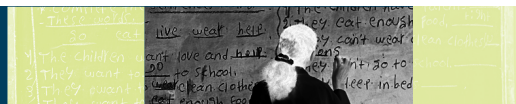
Entwicklungspolitik Entwicklungspolitik bezeichnet die politische Diskussion auf nationaler wie internationaler Ebene um Mittel und Massnahmen, die für die *Entwicklungszusammenarbeit* eingesetzt werden. Ihre Themen reichen von der *Armutreduktion* über Ökologie bis zur globalen Sicherheit. Die Entwicklungspolitik liefert die konzeptionellen Grundlagen für die Entwicklungszusammenarbeit. Im Gegensatz zur Entwicklungshilfe umfasst der Begriff «Entwicklungspolitik» auch nicht-entwicklungsprojektbezogene Aktivitäten - wie beispielsweise Verhandlungen. Entwicklungspolitik zielt darauf ab, in den *Entwicklungs- und Transitionsländern* zur Überwindung von Entwicklungsengpässen, zur Befriedigung von *Grundbedürfnissen* und zu einer *nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung* beizutragen.

EZA **Entwicklungszusammenarbeit** (EZA) umfasst das gemeinsame Bemühen von Industrie- und *Entwicklungsländern*, weltweite Unterschiede in der sozioökonomischen Entwicklung und in den allgemeinen Lebensbedingungen dauerhaft und nachhaltig abzubauen. Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben. Die beiden wichtigsten Zweige der EZA sind die technische und die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

EZA in der Schweiz **EZA in der Schweiz:** Die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) unterstützt gemäss schweizerischem Bundesgesetz «die Entwicklungsländer im Bestreben, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung zu verbessern. Sie soll dazu beitragen, dass diese Länder ihre Entwicklung aus eigener Kraft vorantreiben». In der Schweiz tragen zur öffentlichen Hilfe in der internationalen Zusammenarbeit namentlich die *Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)*, das *Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)* und die politischen Abteilungen des Auswärtigen Departementes *EDA* bei. Hinzu kommen Beiträge weiterer Bundesämter sowie jene von Kantonen und Gemeinden und die private Hilfe, welche insbesondere von *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*, aber auch von einigen Privatunternehmen geleistet wird.

FAO Die **Food and Agriculture Organization (FAO)**, im deutschen Sprachraum als Welternährungsorganisation bekannt, ist die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen. Sie hat die Aufgabe, die Produktion und die Verteilung von landwirtschaftlichen Produkten im Allgemeinen und Nahrungsmitteln im Besonderen weltweit zu verbessern. Ziel ist es, die Ernährung sicherzustellen und den Lebensstandard zu erhöhen.

GDI Der **Gender-related Development Index (GDI)**, übersetzt der «Index zur Entwicklung der Geschlechter», ist eine Erweiterung des *HDI*. Er untersucht dieselben Parameter wie der Index für menschliche Entwicklung, zeigt jedoch dabei allfällige Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf.



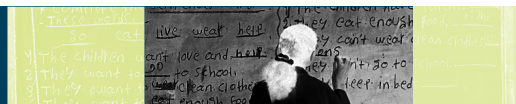
Gini-Koeffizient	Der Gini-Koeffizient oder auch Gini-Index ist ein statistisches Mass, das vom italienischen Statistiker Corrado Gini zur Darstellung von Ungleichverteilungen entwickelt wurde.
Globalisierung	Sammelbegriff für alle Prozesse im Zusammenhang mit den wachsenden weltweiten Verflechtungen zwischen Staaten, Gesellschaften und Volkswirtschaften, die vor allem durch die Liberalisierung sowie die Veränderungen der Kommunikationstechnologie und im Transportwesen bedingt sind. Neben einer Tendenz zur Vereinheitlichung von Regeln, Werten und Zielen bezeichnet der Begriff auch den Anspruch, ein internationales System aufzubauen, in welches alle Länder integriert sind.
Globale menschliche Sicherheit	Seit Anfang der 1990er Jahre spricht man nicht mehr nur von der Sicherheit von Staaten, sondern der Sicherheitsbegriff wurde mit dem Begriff «Global human security» auf das Individuum ausgedehnt. Man unterscheidet jetzt zwischen einer engen Auslegung der menschlichen Sicherheit, welche auf Geweltaspekte fokussiert (freedom from fear), und einem breiteren Sicherheitsverständnis, welches die menschliche Entwicklung einbezieht (freedom from want). Im Zentrum stehen die Würde und das materielle Wohlergehen des Menschen (Lebenserwartung, Gesundheit, Rechtssicherheit und Gewaltfreiheit, Zugang zu Bildung und Ressourcen). Die <i>Armutsbekämpfung</i> und die Linderung von Not – die Kerngeschäfte der <i>Entwicklungszusammenarbeit</i> und der <i>Humanitären Hilfe</i> – sind in diesem Sinn sicherheitspolitisch relevante Aufgaben. Sie helfen mit, die menschliche Sicherheit der Menschen in den Partnerländern der internationalen Zusammenarbeit zu verbessern und leisten damit einen Beitrag zur globalen Sicherheit.
Globale öffentliche Güter	Der Begriff «öffentliche Güter» wurde im 18. Jh. durch David Hume geprägt. Als solche bezeichnet man Güter, deren Nutzen allen zugutekommt. Globale öffentliche Güter (engl. Global Public Goods, GPG) zeichnen sich weiter dadurch aus, dass niemand von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden kann und dass sie zur gleichen Zeit von verschiedenen Individuen ohne gegenseitige Einschränkung genutzt werden können. Ein öffentliches Gut gilt generell dann als global, wenn seine Nutzung mehrere Bevölkerungsgruppen betrifft. Beispiele: saubere und intakte Umwelt, Klimastabilität, Frieden, internationale Sicherheit, Gesundheit, kulturelles Erbe.
Gouvernanz Good Governance Gute Regierungs- führung	Gute Regierungsführung (engl. Good Governance) spielt international eine wachsende Rolle als anerkannte Grundlage für den Erfolg der <i>Entwicklungszusammenarbeit</i> . Schwerpunkte sind dabei Effizienz, Entwicklungsorientierung und das Schaffen von rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen. Dementsprechend ist Gouvernanz ein Querschnittsthema der <i>schweizerischen EZA</i> geworden. Die Stärkung der Gemeindeverwaltungen, die Dezentralisierung der politischen Strukturen, der Kampf gegen Korruption und der Aufbau unabhängiger Justizbehörden sind vier prominente Elemente davon.
Grundbedürfnis- strategie	Entwicklungsstrategie, die sich auf die Befriedigung unterschiedlicher Grundbedürfnisse (unter anderem Ernährung, Wohnung, Kleidung, Gesundheit, Bildung, soziale Sicherheit, kulturelle Identität, Partizipation) konzentriert.



-
- HDI** Der **Human Development Index** (HDI) der **Vereinten Nationen** ist ein **Wohlstandsindikator**, der pro **Land** verrechnet wird. Der HDI wird seit 1990 im jährlich erscheinenden Human Development Report des **UNDP** veröffentlicht und berücksichtigt drei Faktoren: Lebenserwartung, Bildung und Einkommen. Durch den Einbezug der sozialen Indikatoren sagt der HDI mehr über den Entwicklungsstand eines Landes aus als das Pro-Kopf-Einkommen.
-
- HPI** Der **Human Poverty Index** (HPI) ist ein Index, welcher die menschliche Armut misst und seit 1997 in Berichten der **Vereinten Nationen** zur menschlichen Entwicklung geführt wird. Er wird aufgrund von drei Indikatoren berechnet:
- Der Sterberate der unter Vierzigjährigen
 - Dem Anteil von Analphabeten und Analphabetinnen
 - Dem Anteil von Personen, die unter prekären Lebensbedingungen leben müssen (kein Zugang zu Trinkwasser und zu Gesundheitsversorgung, Untergewicht bei Kindern unter 5 Jahren).
-
- Humanitäre Hilfe** Unter Humanitärer Hilfe versteht man den unmittelbaren Einsatz zur Beseitigung oder Linderung akuter Notlagen. Humanitäre Hilfe muss in jedem Fall unmittelbar den betroffenen Bevölkerungsgruppen zugutekommen. Dabei hat sie hohen Qualitätsstandards zu entsprechen, politisch unabhängig zu sein und sich nach den Bedürfnissen der Opfer zu richten.
-
- IKRK** Das **Internationale Komitee vom Roten Kreuz** (IKRK), 1863 gegründet, ist das wohl älteste international tätige humanitäre Werk. Seine weltweiten Aktivitäten beinhalten die Vermittlung zwischen Kriegsparteien, die Pflege von Verwundeten, den Besuch von Kriegsgefangenen und politisch Inhaftierten, die Wiederherstellung des Kontakts zu Angehörigen, den Schutz der Zivilbevölkerung, die Versorgung mit Nahrungsmitteln und weitere Formen der Unterstützung von Konfliktopfern.
-
- Indikator** Ein Indikator ist ein beobachtbares bzw. messbares Anzeichen für nicht unmittelbar beobachtbare Zustände oder Entwicklungen. Soziale Indikatoren sind Anzeichen für Umstände oder Veränderungen in gesellschaftlichen Verhältnissen.
-
- IPCC** Das **Intergovernmental Panel of Climate Change** (IPCC) ist ein zwischenstaatliches Expertengremium für Klimafragen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Das Gremium wurde 1988 eingerichtet. Der IPCC analysiert Daten und erstellt wissenschaftliche Studien mit dem Ziel, Regierungen Berichte und Ratschläge zu Problemen im Bereich Klima zu liefern.
-



-
- IWF** Der Internationale Währungsfonds IWF (engl. International Monetary Fund, IMF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Er ist eine Schwesterorganisation der Weltbank-Gruppe und hat seinen Sitz in Washington, D. C. Zu seinen Aufgaben gehören: Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, Ausweitung des Welthandels, Stabilisierung von Wechselkursen, Kreditvergabe, Überwachung der Geldpolitik, technische Hilfe. Der IWF trägt in Krisen mit Geldzuschüssen zur Stabilisierung der Volkswirtschaften bei. Seine Aktivitäten konzentrieren sich auf *Entwicklungs-* und *Schwelkenländer*. 2010 wurde der IWF aber auch zur Bewältigung der Schuldenkrisen von Griechenland und Irland beigezogen. Im Gegenzug verlangt der IWF von Empfängerstaaten Reformen ihrer Wirtschaftspolitik, was häufig auf Kritik stösst.
-
- Klimarahmenkonvention** 1992 rief die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro die Klimarahmenkonvention (UNFCCC) ins Leben. Dieses internationale, multilaterale Klimaschutzabkommen trat 1994 in Kraft. Im Rahmen dieses Abkommens zielen die heute 194 Vertragsstaaten auf eine Minderung der menschlichen Einflüsse auf das Klima, auf eine Verlangsamung der globalen Erwärmung und auf eine Milderung der Klimafolgen.
-
- Kyoto-Protokoll** Das Kyoto-Protokoll wurde 1997 auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Kyoto verabschiedet (COP3). In dem Protokoll verpflichten sich die Vertragsstaaten dazu, ihre Emissionen der sechs wichtigsten Treibhausgase - u.a. Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) - im Zeitraum von 2008 bis 2012 um mindestens 5% unter das Niveau von 1990 zu senken.
-
- MONET-Indikatoren** Die MONET-Indikatoren (80 Indikatoren) zeigen den Fortschritt der Schweiz auf dem Weg einer *Nachhaltigen Entwicklung* in ihren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekten. Dies ermöglicht in einem zweiten Schritt prioritäre anstehende Massnahmen zu bestimmen.
-
- MDGs** Im September 2000 verabschiedete der Uno-Millennium-Gipfel eine Erklärung mit acht konkreten Entwicklungszielen, den Uno-Millenniums-Entwicklungszielen (**Millennium Development Goals**, MDGs). Diese sollen bis 2015 erreicht sein und haben zum Ziel, die schlimmste Armut und den Hunger zu halbieren, den Zugang für Arme zu sauberem Trinkwasser, Bildung und Gesundheitseinrichtungen massiv zu verbessern, die Stellung der Frauen zu stärken und eine *Nachhaltige Entwicklung* zu sichern.
-



Multilaterale Zusammenarbeit oder Hilfe

Zu den wichtigsten Institutionen der multilateralen Zusammenarbeit gehören die *Weltbank*-Gruppe, die regionalen Entwicklungsbanken und deren Entwicklungsfonds, UNO-Organisationen und -programme sowie globale Fonds, die auch durch private Stiftungen und Unternehmen finanziert werden. Dank ihrer Grösse und ihrem Gewicht in der internationalen Zusammenarbeit können multilaterale Organisationen Regierungen bei der Umsetzung von Reformvorhaben und breitenwirksamen Programmen unterstützen.

Multilaterale Organisationen beeinflussen insbesondere die Ausgestaltung internationaler Entwicklungsziele und Vereinbarungen sowie deren Umsetzung.

Die Schweiz setzt rund 40% ihrer Entwicklungsleistungen für die Länder des Südens in der multilateralen Zusammenarbeit ein. Sie nimmt Einsitz in die Steuerungsgremien der UNO-Organisationen und der internationalen Finanzierungsinstitutionen und gestaltet auf diese Weise die internationale *Entwicklungspolitik* mit.

Nachhaltige Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung ist eine Leitidee, die allen gesellschaftlichen Bereichen als Orientierung dient. Ziel dieser politischen Deklaration ist es, dass die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt werden können, heute und auch künftig. Es wird eine ökologische, soziokulturelle und ökonomische Verträglichkeit angestrebt: Die Lebensgrundlagen für alle Menschen sollen überall auf der Welt und auf Dauer gesichert sein. Was für eine Nachhaltige Entwicklung günstig ist, hängt von zeitlichen und örtlichen Gegebenheiten ab, unterliegt gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und ist somit wandelbar. Sie ist jedoch nicht beliebig, da es letztlich immer um den Versuch geht, eine höhere Verbindlichkeit zugunsten gesamtgesellschaftlicher Ansprüche zu erlangen.

Entwicklungsland

Nach allgemeinem Sprachgebrauch wird mit dem Begriff «Entwicklungsland» ein Land bezeichnet, welches wirtschaftlich, politisch und sozial verglichen mit anderen Ländern einen relativ tiefen Stand der Entwicklung aufweist. Es gibt jedoch keinen Konsens über die Kriterien, nach welchen ein Land als «Entwicklungsland» einzustufen ist. Auch über die Frage, ob und welche Entwicklung stattfindet oder überhaupt anzustreben ist, wird diskutiert.

NGO(s)

Eine **Nichtregierungsorganisation** (NGO) ist eine Bezeichnung für einen **zivilgesellschaftlich** zustande gekommenen **Interessenverband**, welcher international tätig ist und unabhängig von Staaten agiert.

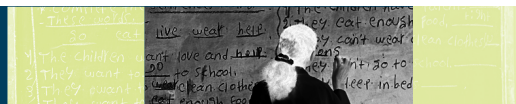
Öffentliche Entwicklungshilfe (APD)

Die öffentliche Entwicklungshilfe (APD) umfasst alle Finanzströme, die

- aus dem öffentlichen Sektor stammen (Bund, Kantone, Gemeinden),
- vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Empfängerländer abzielen,
- zu Vorzugskonditionen gewährt werden,
- für *Entwicklungsländer* und -gebiete bestimmt sind sowie für multilaterale Organisationen, die im Bereich der *EZA* tätig sind.

OECD

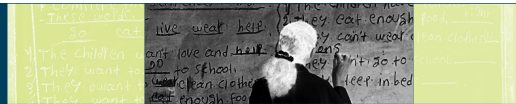
Die **Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (OECD) ist eine **Internationale Organisation** mit 34 Mitgliedstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen. Die meisten OECD-Mitglieder gehören zu den Ländern mit hohem **Pro-Kopf-Einkommen** und gelten als «entwickelte Länder».



Ökologischer Fussabdruck	Unter dem Ökologischen Fussabdruck wird die Fläche auf der Erde verstanden, die notwendig ist, um die natürlichen Ressourcen zu gewährleisten, welche den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen (unter Fortführung heutiger Produktionsbedingungen) dauerhaft ermöglichen.
SECO	Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) ist eine Bundesbehörde , gehört zum Volkswirtschaftsdepartement (EVD) und ist ein wichtiger Akteur der <i>schweizerischen EZA</i> . Es fördert eine wirtschaftliche Entwicklung, die auch den benachteiligten Bevölkerungsschichten zugutekommt. Thematische Schwerpunkte sind die Unterstützung stabiler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die Diversifizierung von Exportgütern, die Förderung des Fairen Handels und die Verbesserung der Basisinfrastruktur. Ein besonderes Augenmerk richtet das SECO auf Energie-, Umwelt- und Klimafragen, sowie auf die wirtschaftliche <i>Gouvernanz</i> .
SKH	Das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) ist ein Milizkorps und umfasst einen Pool von mindestens 700 einsatzbereiten Personen, die entsprechend ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten in Fachgruppen eingeteilt sind.
SRK	Das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) ist die 1866 in Bern gegründete nationale Rotkreuz-Gesellschaft der <i>Schweiz</i> . Gemäss den Genfer Rotkreuzabkommen und der Anerkennung durch das <i>Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)</i> ist es Mitglied in der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften und damit Teil der <i>Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung</i> . Das SKR leistet <i>Humanitäre Hilfe</i> und setzt sich damit beim Wiederaufbau nach einem Krieg oder einer Katastrophe ein. Langfristig fokussiert es seine Arbeit auf Gesundheit um menschenwürdige Lebensbedingungen zu gewährleisten.
Staatsschulden	Finanzierung der Staatsausgaben (Bund, Kantone, Gemeinden) durch Verschuldung. Die Verschuldungsquote ist begrenzt und liegt in der Schweiz bei 60% des <i>Bruttoinlandproduktes (BIP)</i> . Die Verschuldung ist ein üblicher Mechanismus bei wirtschaftlicher Entwicklung, kann jedoch zu einem grösseren Hindernis werden, wenn die Zinsen so hoch werden, dass ein Land seine Schulden nicht mehr zurückzahlen kann. Die Schulden von einigen Ländern des Südens sind so im Laufe der Jahre gewachsen, obwohl diese ohne Unterbruch Rückzahlungen geleistet haben.
Staatsquote	Vergleichsgrösse für den Umfang der Staatsfinanzen gemessen an der Gesamtwirtschaft. Sie ist der Anteil der Staatsausgaben (Bund, Kantone, Gemeinden) an der Gesamtproduktion eines Landes (<i>Bruttoinlandprodukt</i>).
Schwellenland	Ein Schwellenland (englisch: Newly Industrialized Country) ist ein Staat, der traditionell noch zu den <i>Entwicklungsländern</i> gezählt wird, sich aber in den letzten Jahrzehnten stark weiterentwickelt hat und sich dadurch von einem Entwicklungsland unterscheidet. Brasilien, Indien oder China sind Beispiele von Schwellenländern.
Trade not Aid	Motto der Entwicklungspolitik, das darauf hinweist, dass Handel für die Wirtschaftsentwicklung in <i>Entwicklungsländern</i> bedeutsamer und damit vordringlicher ist als Entwicklungshilfe.
Transitionsland	Transitionsländer oder Transformationsländer sind jene Länder des ehemaligen Ostblocks, die sich seit 1990 auf dem Weg zu Demokratie und sozialer Marktwirtschaft befinden.



-
- Trickle-down Effect** Annahme, dass die durch Kapitaltransfer in den *Entwicklungsländern* ausgelösten Wachstumprozesse zu den Massen durchsickern und deren Lebensbedingungen verbessern würden, indem Individuen durch Konsum das Kapital verteilen.
Im Bereich der *EZA* wird der Ausdruck auch gebraucht, um die Auswirkungen eines Projektes zu bezeichnen.
-
- UNESCO** Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (engl. **United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization**, UNESCO) ist eine [internationale Organisation](#) und gleichzeitig eine der 17 rechtlich selbstständigen [Sonderorganisationen der Vereinten Nationen](#). Ihr Ziel ist es, durch Bildung, Erziehung, Wissenschaften, Kultur, Kommunikation und Information einen Beitrag zur Friedensförderung, zur Beseitigung der Armut, zu *Nachhaltiger Entwicklung* sowie zum interkulturellen Dialog zu leisten.
-
- UNDP** Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (engl. **United Nations Development Programme**, UNDP, frz. Programme des Nations Unies pour le développement, PNUD) ist ein Exekutiv Ausschuss innerhalb der UN-Generalversammlung.
-
- Weltbank** Die Weltbank (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD) ist die wichtigste Organisation auf dem Gebiet der Entwicklungsfinanzierung. Sie wurde 1945 nach dem zweiten Weltkrieg als eine der beiden Bretton Woods Institutionen gegründet. Die Weltbank vergibt langfristige Kredite an *Entwicklungsländer* zu Vorzugsbedingungen. Ihre Mittel nimmt sie auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten auf. Sie arbeitet eng mit dem *IWF* zusammen.
-
- WHO** Die Weltgesundheitsorganisation (engl. **World Health Organization**, WHO) ist eine [Sonderorganisation der Vereinten Nationen](#) mit Sitz in *Genf*. Sie wurde am 7. April 1948 gegründet und zählt 193 Mitgliedstaaten. Sie ist die Koordinationsbehörde der Vereinten Nationen für das internationale öffentliche [Gesundheitswesen](#).
-
- WTO** Die Welthandelsorganisation (**World Trade Organization**, WTO) ist aus dem 1947 gegründeten GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) hervorgegangen. Sie besteht aus über 130 Mitgliedstaaten mit Sitz in *Genf*. Das allgemeine Ziel ist der freie, grenzüberschreitende Verkehr von Gütern und Dienstleistungen, das heisst der Abbau und die Beseitigung von Handelschranken (Zölle, Einfuhr- und Ausfuhrkontingente sowie Regelungen in den Bereichen Landwirtschaft, Dienstleistungswelthandel, Patentschutz). Konkret fördert die WTO einerseits die Verhandlungen über internationale Handelsabkommen, andererseits überwacht sie ihre Umsetzung und regelt wirtschaftliche Konflikte auf internationaler Ebene. Die vier Grundprinzipien sind: Transparenz (gegenseitige Information über Zollmassnahmen und Handelsvorschriften), Inländerbehandlung (ausländische Waren und Dienstleistungen dürfen im Einfuhrland gegenüber inländischen Produkten nicht benachteiligt werden), Nichtdiskriminierung (kein WTO-Mitglied darf ein anderes den übrigen Vertragspartnern gegenüber benachteiligen), Meistbegünstigung (Zoll- und Handelsvorteile müssen allen Mitgliedstaaten gleichermaßen gewährt werden).
-



Bibliographie

- ARE (2011): MONET-Indikatoren. URL: <http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00268/00551/index.html?lang=de> (15.8.2011)
- Bailly, M. & Dufour, P. (2002): L'aide au développement à l'heure de la mondialisation. Ed. Milan, Paris
- Bock, P. & Blaser, A. et al. (2001, 1. Aufl. 1999): Mensch, Wirtschaft, Politik. Sauerländer, Aarau.
- Cinfo (2011): Glossar. URL: <http://wiki.cinfo.ch/index.php/Entwicklungszusammenarbeit> (27.7.2011)
- DEZA (2011): Glossar. URL: <http://www.deza.admin.ch/de/Home/Glossar> (4.8.2011)
- DEZA: Website. URL: <http://www.deza.admin.ch> (27.7.2011)
- EDA (2011): ABC der Entwicklungspolitik. Bern. URL: http://www.deza.admin.ch/ressources/resource_de_199148.pdf (26.7.2011)
- FAO: URL: <http://www.fao.org/> (4.8.2011)
- IKRK: URL: <http://www.redcross.ch/org/international/ikrk/> (4.8.2011)
- IPCC: URL: <http://www.ipcc.ch/> (4.8.2011)
- IWF: URL: <http://www.imf.org> (4.8.2011)
- Meyns, P. (Hrsg.) (2009): Handbuch eine Welt. Entwicklung im globalen Wandel. Peter Hammer Verlag, Wuppertal.
- Stiftung Bildung und Entwicklung (2009): Menschliche Sicherheit. URL: <http://www.menschlichesicherheit.ch> (26.7.2011)
- Stiftung Bildung und Entwicklung (2010): Leitfaden Globales Lernen. URL: <http://www.globaleslernen.ch> (26.7.2011)
- Stiftung Bildung und Entwicklung (2010): Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Eine Definition. URL: http://www.globaleducation.ch/globaleducation_de/resources/XY/DefEDD__FED-FEE-DEF_Deutsch.pdf (26.7.2011)
- OECD: URL: <http://www.oecd.org> (4.8.2011)
- UNESCO: URL: <http://www.unesco.org/new/en/unesco/> (4.8.2011)
- UNDP: URL: <http://www.beta.undp.org/undp/en/home.html> (4.8.2011)
- SECO: URL: <http://www.seco.admin.ch> (27.7.2011)
- SRK: URL: <http://www.redcross.ch/> (4.8.2011)
- WHO: URL: <http://www.who.int/> (4.8.2011)
- Wikipedia: URL: <http://www.wikipedia.org> (11.8.2011)